



# Bayerisches Ministerialblatt

BayMBI. 2024 Nr. 455

30. September 2024

2030.8.1-F, 2034.6-F

## Hinweise zur Beschaffung von speziellen Sehhilfen am Bildschirmarbeitsplatz (Bildschirmbrillenbekanntmachung – HBSBBek)

Gemeinsame Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat  
und des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 25. September 2024, Az. 25-P 2506-3/118

### 1. Allgemeines

#### 1.1 Rechtliche Grundlagen

<sup>1</sup>Nach Anhang Teil 4 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) vom 18. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2768) in der jeweils geltenden Fassung hat der Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherr seinen Beschäftigten (Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) eine angemessene Untersuchung der Augen und des Sehvermögens anzubieten. <sup>2</sup>Die arbeitsmedizinische Vorsorge erfolgt durch die Betriebsärztin oder den Betriebsarzt beziehungsweise Ärztinnen oder Ärzte im Sinne von § 7 ArbMedVV. <sup>3</sup>Der Sehtest kann durch die Betriebsärztin oder den Betriebsarzt, aber auch durch eine andere fachkundige Person erfolgen. <sup>4</sup>Erweist sich aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung eine augenärztliche Untersuchung als erforderlich, ist diese zu ermöglichen.

<sup>5</sup>Den Beschäftigten sind im erforderlichen Umfang spezielle Sehhilfen für ihre Arbeit an Bildschirmgeräten zur Verfügung zu stellen, wenn Untersuchungsergebnis ist, dass spezielle Sehhilfen notwendig und normale Sehhilfen nicht geeignet sind.

#### 1.2 Definition der Begriffe „normale Sehhilfen“, „spezielle Sehhilfen“

<sup>1</sup>**Normale Sehhilfen** sind zur Korrektur einer Fehlsichtigkeit notwendig und genügen den Sehanforderungen des Alltags. <sup>2</sup>Darunter sind unter anderem Fernbrillen, Gleitsichtbrillen und Lesebrillen zu verstehen. <sup>3</sup>**Spezielle Sehhilfen** sind an die besonderen Bedingungen und die individuellen Sehanforderungen der Bildschirmarbeit des Beschäftigten angepasst. <sup>4</sup>Sie eignen sich nicht als Alltagsbrille. <sup>5</sup>Bildschirmbrillen können mit Einstärken-, Mehrstärken- oder speziellen Bildschirmgleitsichtgläsern ausgestattet sein.

#### 1.3 Erforderlichkeit einer speziellen Sehhilfe bei altersbedingter Veränderung des Sehens

<sup>1</sup>Mit dem Alter vermindert sich das Akkommodationsvermögen, so dass etwa ab dem 45. Lebensjahr eine Lesebrille erforderlich werden kann, bei Hyperopie auch schon früher.

<sup>2</sup>Eine Lesebrille ist für die Bildschirmarbeit geeignet, wenn sie ein ausreichend großes Sehfeld besitzt und bei noch ausreichendem Akkommodationsvermögen scharfes Sehen auf Entfernungen zwischen Tastatur (ca. 40 cm) und Bildschirm (ca. 50 bis 80 cm) ermöglicht.

<sup>3</sup>Wenn die Lesebrille für die Bildschirmarbeit nicht mehr ausreicht, oder die Universalgleitsichtbrille zwar für den Alltag ausreicht, aber zu Beschwerden bei der Bildschirmarbeit führt, ist eine Bildschirmbrille notwendig.

<sup>4</sup>**In der Regel gilt:**

<sup>5</sup>Wer bei der Bildschirmarbeit keine asthenopischen (fehlsichtigkeitsbedingten) Beschwerden hat und dessen Sehschärfe in der Bildschirmdistanz ausreichend ist, benötigt keine spezielle Sehhilfe für die Bildschirmarbeit.

## 2. **Feststellung der Notwendigkeit einer speziellen Sehhilfe am Bildschirmarbeitsplatz, augenärztliche Untersuchung, Brillenanfertigung**

<sup>1</sup>Die Notwendigkeit und Art (Gebrauchseigenschaften) einer Bildschirmbrille wird durch die Betriebsärztin oder den Betriebsarzt festgestellt, sofern die jeweilige oberste Dienstbehörde keine andere Verfahrensweise zur Feststellung der Notwendigkeit und Art (Gebrauchseigenschaft) einer Bildschirmbrille festgelegt hat.

<sup>2</sup>Hierbei ist wie folgt vorzugehen:

### a) **Arbeitsmedizinische Vorsorge bei Tätigkeiten an Bildschirmgeräten nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge durch die Betriebsärztin beziehungsweise den Betriebsarzt**

<sup>1</sup>Beschäftigten ist, unabhängig von der Dauer der Tätigkeit am Bildschirmgerät eine arbeitsmedizinische Vorsorge vom Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn anzubieten und zu bezahlen.

<sup>2</sup>Integraler Bestandteil der Vorsorge ist ein Sehtest gemäß der Bekanntmachung von Arbeitsmedizinischen Regeln, hier: AMR Nummer 14.1 „Angemessene Untersuchung der Augen und des Sehvermögens“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 4. Dezember 2013 (GMBI. S. 1264) und Entscheidungsgrundlage für die Empfehlung einer Bildschirmbrille ist das Testen der Sehschärfe (unter Berücksichtigung arbeitsplatzrelevanter Sehabstände). <sup>3</sup>Dazu gehört auch die Prüfung, ob mit der Alltagsbrille (Gleitsicht-, Fern- oder Lesebrille) eine ausreichende Sehschärfe in Bildschirmdistanz erreicht wird. <sup>4</sup>Sollte sich bei der Untersuchung herausstellen, dass eine Anpassung der Alltagsbrille notwendig ist, hat diese Anpassung zu erfolgen. <sup>5</sup>Erst wenn sich im Rahmen der weiteren Bildschirmarbeit mit der entsprechend angepassten Alltagsbrille weiterhin der Bedarf einer speziellen Sehhilfe ergibt, kann eine Kostenübernahme der Bildschirmbrille gemäß Nr. 3 erfolgen. <sup>6</sup>Wird von der Betriebsärztin oder dem Betriebsarzt eine Bildschirmbrille für erforderlich gehalten, hat diese oder dieser, sofern keine augenärztliche Untersuchung für erforderlich gehalten wird, auch den Typ der vorgesehenen Brillengläser und deren Gebrauchseigenschaften (Einstärken-, Mehrstärken- oder spezielle Bildschirmgleitsichtgläser) festzulegen.

### b) **Untersuchung durch eine Augenärztin beziehungsweise einen Augenarzt**

<sup>1</sup>Hält die Betriebsärztin oder der Betriebsarzt eine augenärztliche Untersuchung für notwendig, ist diese vom Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn anzubieten.

<sup>2</sup>Beispielsweise kann es vorkommen, dass komplexere Augenerkrankungen oder besondere Fragestellungen eine augenärztliche Expertise zur Entscheidung über eine Bildschirmbrille oder deren Beschaffenheit erfordern. <sup>3</sup>Eine augenärztliche Untersuchung ist zum Beispiel anzubieten, wenn Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer Brille mit Prismen bestehen.

### c) **Brillenanfertigung durch die Optikerin beziehungsweise den Optiker**

<sup>1</sup>Die Optikerin beziehungsweise der Optiker bestimmt

1. Refraktionswerte,
2. Visus,
3. Addition ausgehend von der Fernwirkung (für die kürzeste angegebene Entfernung: Tastatur und Leseentfernung),

und gibt diese Werte und Bezeichnungen auf der Rechnung an.

<sup>2</sup>Die Brille muss den funktionellen Anforderungen des Bildschirmarbeitsplatzes der oder des Beschäftigten genügen und entspiegelt sein. <sup>3</sup>Getönte Gläser sind ungeeignet.

<sup>4</sup>Kontaktlinsen und Universalgleitsichtgläser erfüllen grundsätzlich nicht die Anforderungen an eine Bildschirmbrille. <sup>5</sup>Einstärkengläser sind Bildschirmgleitsichtgläsern vorzuziehen, wenn dies die Additionswerte erlauben und das Akkommodationsvermögen ausreicht.

<sup>6</sup>Bei speziellen Bildschirmgleitsichtgläsern werden anhand der angegebenen Hauptsehentfernungen die Wirkungsbereiche im Glas so angepasst, dass am Bildschirm in normaler Kopfhaltung gearbeitet werden kann. <sup>7</sup>Dazu müssen außerdem die Gläser sowie die Brillenfassung ausreichend groß sein.

<sup>8</sup>Bei regelmäßigem Publikumsverkehr kann der Fernteil der Brillengläser auf diese Entfernung korrigiert werden. <sup>9</sup>Dies führt allerdings, technisch bedingt, zu einer Einschränkung der Sehbereichsbreite für die Bildschirmfernung und kann, abhängig von der Addition, die Bildschirmgeeignetheit der Brille stark einschränken.

### 3. Erstattung der Kosten für eine evtl. erforderliche augenärztliche Untersuchung bzw. für die Beschaffung einer Bildschirmbrille:

<sup>1</sup>Die Kosten für eine eventuell noch erforderliche augenärztliche Untersuchung und für die Beschaffung einer Bildschirmbrille trägt der Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherr. <sup>2</sup>Zur Gewährleistung einer einheitlichen Verfahrensweise ist das als Anlage 1 beigefügte Antragsformular zu verwenden.

<sup>3</sup>Nach § 11 der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) sind in den Fällen, in denen ein Leistungsträger im Sinne des § 12 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch oder ein sonstiger öffentlich-rechtlicher Kostenträger die Zahlung leistet, die ärztlichen Leistungen nach den Gebührensätzen des Gebührenverzeichnisses mit dem einfachen Satz zu berechnen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 GOÄ). **<sup>4</sup>Diese Regelung findet nur Anwendung, wenn der Ärztin oder dem Arzt vor der Inanspruchnahme eine von der Beschäftigungsdienststelle ausgestellte Bescheinigung vorgelegt wird** (vergleiche Anlage 2). <sup>5</sup>In aller Regel sind nur folgende GOÄ-Nummern erstattungsfähig: 1, 6, 70, 1200 oder 1201, 1202, 1203, 1204 und 1207. <sup>6</sup>Weitere Leistungen im Einzelfall können nur bei individuellen Besonderheiten und entsprechender ausführlicher Begründung erstattet werden.

<sup>7</sup>Die Kostenerstattung für die Bildschirmbrille erfolgt ausschließlich entsprechend den Rahmenverträgen mit dem Landesinnungsverband des bayerischen Augenoptiker-Handwerks und der Augenoptiker-Innung für Mittel- und Unterfranken über die Versorgung der Beschäftigten des Freistaates Bayern mit Bildschirmbrillen.

<sup>8</sup>Die Kosten für die augenärztliche Untersuchung und die erstattungsfähigen Kosten für die Bildschirmbrille werden den Beschäftigten aus Mitteln der Beschäftigungsdienststelle erstattet und sind jeweils bei Titel 546 49 zu verbuchen. <sup>9</sup>Bei den Landratsämtern zählen die Kosten zum Sachaufwand nach § 5 Nr. 2 der Verordnung zur Ausführung des Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern.

### 4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

<sup>1</sup>Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2024 in Kraft. <sup>2</sup>Mit Ablauf des 30. September 2024 tritt die Gemeinsame Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen und des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 26. Mai 2009 (FMBl. S. 266, StAnz. Nr. 28) außer Kraft.

Bayerisches Staatsministerium  
der Finanzen und für Heimat

Dr. Alexander V o i t l  
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium  
für Familie, Arbeit und Soziales

Dr. Markus G r u b e r  
Ministerialdirektor

**Anlage 1**  
(zu Nr. 3 Satz 1 HBSBBek)

<b>VORAUSSETZUNGEN ZUR GEWÄHRUNG EINER BILDSCHIRMBRILLE</b>			
Name, Vorname:		Arbeits-/Dienststelle:	
Geburtsdatum:		Tätigkeit:	
Anschrift:		Telefon Arbeit:	
		Telefon Privat:	
<b>1. Stellungnahme der Betriebsärztin bzw. des Betriebsarztes:</b>			
Entfernung der Augen zu: Bildschirm in cm	Tastatur bzw. Leseentfernung in cm	cm	cm
Bei Erfordernis (z. B. Publikumsverkehr) zusätzliche Sehentfernung in Meter:		m	
Eine spezielle Sehhilfe (Bildschirmbrille) nach Anhang Teil 4 Abs. 2 Nr. 1 ArbMedVV ist nicht erforderlich.		<input type="checkbox"/>	
Eine spezielle Sehhilfe (Bildschirmbrille) nach Anhang Teil 4 Abs. 2 Nr. 1 ArbMedVV ist erforderlich. Normale Sehhilfen (Alltagsgläser) sind nicht geeignet.		<input type="checkbox"/> → weiter mit Nr. 3	
Eine spezielle Sehhilfe (Bildschirmbrille) nach Anhang Teil 4 Abs. 2 Nr. 1 ArbMedVV erscheint erforderlich, dazu ist eine ergänzende augenärztliche Stellungnahme notwendig.		<input type="checkbox"/> → weiter mit Nr. 2	
Bemerkungen: z. B. spezielle Tätigkeitsmerkmale, empfohlene Gebrauchseigenschaften (Einstärkengläser, Mehrstärkengläser, oder spezielle Bildschirmleitsichtgläser):		Stempel <span style="float: right;">Datum und Unterschrift</span>	
<b>2. Stellungnahme der Augenärztin bzw. des Augenarztes (wenn nach Nr. 1 notwendig):</b>			
Die bisher verwendete Alltagsbrille wurde von mir auf Mängel überprüft und vermessen (Sphär., Zyl., Achse, Addition, Pupillendistanz).			
Die Verordnung von neuen Alltagsgläsern ist notwendig		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Es wird ein Arbeitsversuch am Bildschirm mit neuen Alltagsgläsern empfohlen		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Eine spezielle Sehhilfe (Bildschirmbrille) nach Anhang Teil 4 Abs. 2 Nr. 1 ArbMedVV ist notwendig.		<input type="checkbox"/> ja → weiter mit Nr. 3 <input type="checkbox"/> nein	
Auf der Verordnung sind angegeben: Refraktion, Hornhautscheitelabstand, Fernvisus, Addition ausgehend von der Fernwirkung (für die kürzeste angegebene Entfernung: Tastatur oder Leseentfernung). Angabe des Gläserstyps: Einstärkengläser, Mehrstärkengläser, oder spezielle Bildschirmleitsichtgläser. Wenn das Akkommodationsvermögen bei der gegebenen Addition ausreicht, werden Einstärkengläser verordnet.			
Bemerkungen:		Stempel <span style="float: right;">Datum und Unterschrift</span>	
<b>3. Stellungnahme der Optikerin bzw. des Optikers:</b>			
Auf der Rechnung sind anzugeben: Refraktion, Hornhautscheitelabstand, Fernvisus, Addition ausgehend von der Fernwirkung (für die kürzeste angegebene Entfernung: Tastatur oder Leseentfernung). Angabe des Gläserstyps: Einstärkengläser, Mehrstärkengläser, oder spezielle Bildschirmleitsichtgläser. Wenn das Akkommodationsvermögen bei der gegebenen Addition ausreicht, werden Einstärkengläser verwendet. Die neue Bildschirmbrille ist für den Alltag nicht geeignet. Sie ist keine Universalgleitsichtbrille. Sie hat entspiegelte und ungetönte Gläser. Die Sehbereichsbreite ist erweitert und in der Höhe so angeordnet, dass die Bildschirmarbeit bei normaler Kopfhaltung möglich ist.			
Bemerkungen:		Stempel <span style="float: right;">Datum und Unterschrift</span>	

**Anlage 2**  
(zu Nr. 3 Satz 4 HBSBBek)

.....  
(Behörde)

.....  
(Straße, Hausnummer)

.....  
(Postleitzahl, Ort)

**Bescheinigung zur Vorlage bei der Augenärztin bzw. beim Augenarzt**

Nach Anhang Teil 4 Abs. 2 der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) sind den Beschäftigten im erforderlichen Umfang spezielle Sehhilfen für ihre Arbeit an Bildschirmgeräten zur Verfügung zu stellen, wenn Untersuchungsergebnis ist, dass **spezielle Sehhilfen notwendig und normale Sehhilfen nicht geeignet sind.**

Die Kosten für eine evtl. erforderliche augenärztliche Untersuchung trägt der Freistaat Bayern<sup>1</sup>, vertreten durch ..... (Name der Beschäftigungsdienststelle). Der Freistaat Bayern ist öffentlich-rechtlicher Kostenträger im Sinne des § 11 der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ).

Es wird gebeten, die augenärztliche Liquidation auf dieser Basis (= 1-facher Satz, § 5 Abs. 1 Satz 2 GOÄ) der vorgenannten Behörde zur Kostenerstattung zuzuleiten.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass in der Regel nur folgende GOÄ-Nummern erstattungsfähig sind: 1, 6, 70, 1200 oder 1201, 1202, 1203, 1204 und 1207. Weitere Leistungen im Einzelfall können nur bei individuellen Besonderheiten und entsprechender ausführlicher Begründung erstattet werden.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift)

---

<sup>1</sup> Abweichend hiervon trägt bei Beschäftigten eines Landratsamtes der Landkreis die Kosten der augenärztlichen Untersuchung.

**Impressum****Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

**Technische Umsetzung:**

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

**Druck:**

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

**ISSN 2627-3411****Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern [www.verkuendung.bayern.de](http://www.verkuendung.bayern.de) veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.